

Quelle / URL:

<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:strompreis-die-energiepreisluege/50175571.html>

28.09.2010

Strompreis

Die Energiepreislüge

Strom aus erneuerbaren Energien ist günstiger, als der Vergleich mit Atom und Kohle nahelegt. Die Energiediskussion braucht endlich faire Zahlen.

von Kathrin Werner



© Bild: 2010 Getty Images

Heute nun wird sie abgenickt: die "Revolution der Energieversorgung". So zumindest hat die Bundeskanzlerin ihr von langer Hand vorbereitetes Energiekonzept getauft. Es ist eine Revolution von oben, ausgefeilscht in den Hinterzimmern der Macht, das Volk hat niemand gefragt. Und trotzdem, das ist das Erschreckende, gibt es nur sehr wenig Widerstand gegen das undemokratische Papier. Es gibt keine Revolution gegen die Revolution.

Dafür gibt es einen Grund: Ein Teil der Politiker und die Lobbyisten, die hinter ihnen stehen, belügen das Volk systematisch über die Kosten der verschiedenen Energieträger.

Der Bluff klingt zunächst einleuchtend: Der Umbau zu einer klimafreundlichen Energieversorgung kostet Milliarden, deshalb steigt der Strompreis, deshalb droht unsere energieintensive Industrie ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Dieses Argument hat seit der Wirtschaftskrise an Schlagkraft gewonnen. Die Bevölkerung ist sensibilisiert dafür, wie anfällig unsere Wirtschaft ist.

Riesige Atomsubventionen

Doch das Argument, so logisch es klingt, basiert auf grundlegend falschen Annahmen: Es geht zum einen davon aus, dass sich die Preise für Atom-, Kohle- und Erneuerbarenstrom nicht ändern. Das ist schlichtweg Quatsch: Während die Kosten für Atom, Kohle und die anderen fossilen Energieträger steigen, wird Strom aus Wind und Sonne von Jahr zu Jahr günstiger.

Solarmodule kosten nur noch rund halb so viel wie vor drei Jahren. Windräder produzieren aus der gleichen Menge Wind wie vor fünf Jahren rund 80 Prozent mehr Strom und sind dabei sogar billiger geworden. Kohlestrom dagegen, der in Deutschland 43 Prozent des Verbrauchs ausmacht, wird immer teurer, vor allem, wenn ab 2013 wie geplant Zertifikate für CO₂-Emissionen gekauft werden müssen.

Zum anderen werden die konventionellen Energien billiggerechnet - weil gigantische Kosten für Kohle- und Atomstrom nicht über den Strompreis bezahlt werden, sondern aus anderen Töpfen.



ERAM - Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben

Seit 1957 mit dem Forschungsreaktor in Garching bei München das erste deutsche Kernkraftwerk in Betrieb ging, bekommen die Atomkonzerne direkte Finanzhilfen: für die Forschung, den Betrieb der Endlager Asse und Morsleben, die Stilllegung der ostdeutschen Atommeiler und als Beiträge für Euratom und andere Nuklearorganisationen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat errechnet, dass von 1956 bis 2007 preisbereinigt rund 40 Mrd. Euro vom Bund in Forschung und Entwicklung flossen. Hinzu kommt Geld der Bundesländer und der EU. Außerdem gab und gibt es Steuervergünstigungen, etwa die Nichtbesteuerung von Kernbrennstoffen bis 2006.

Atomstrom - von wegen billig

Freilich rechnen sich die Subventionen der Vergangenheit umso mehr, je länger die Kraftwerke laufen. Doch es entstehen daraus auch immer neue Kosten: Das mögliche Endlager im Salzbergwerk Gorleben hat schon jetzt Milliarden verschlungen. Von 1977 bis 2007 waren es 1,5 Mrd. Euro, wovon die öffentliche Hand 11,25 Prozent übernommen hat. Wenn jetzt die

Erkundung weitergeht, werden auch die Kosten weiter steigen. Jeder Castor-Transport kostet Millionen für Polizeieinsätze und Sicherheitsvorkehrungen, die die Steuerzahler allein tragen.

Offizielle Angaben zum Staatsgeld, das insgesamt in die Kernenergie floss, gibt es nicht. Eine Greenpeace-Studie kam 2009 zu dem Ergebnis, dass der Staat und damit die Bundesbürger die Kernenergie zusätzlich zu den Stromkosten seit 1950 mit mindestens 165 Mrd. Euro gefördert haben. Das entspricht einer Subventionierung des Atomstroms von 3,9 Cent pro Kilowattstunde. Tendenz steigend - schließlich müssen immer mehr alte Kraftwerke teuer stillgelegt werden, schließlich entsteht durch längere Laufzeiten immer mehr strahlender Müll. Siehe da: Der vermeintlich günstige Atomstrom ist gar nicht so billig.

Wir brauchen faire Zahlen

Das Gleiche gilt für die Kohle: Deutschland unterstützt allein den Steinkohlebergbau mit rund 2 Mrd. Euro pro Jahr. Ein Kostenpunkt unter vielen: Bis in alle Ewigkeit muss unter Tage Wasser abgepumpt werden, das in die Schächte und Stollen läuft. Die Kosten, die wegen des Klimawandels auf uns zukommen, kann niemand genau beziffern. Fest steht nur: Sie werden gigantisch sein.

Damit ist klar: Der Preis für Energie ist hoch und wird weiter steigen - ob wir ihn nun direkt über die Stromrechnung oder über Steuern bezahlen. Und das hat mit erneuerbaren Energien erst mal gar nichts zu tun.

Was nun die Erneuerbaren angeht: Natürlich verursachen sie - vor allem wegen der notwendigen neuen Stromnetze - immense Zusatzkosten. Aber sie bringen auch volkswirtschaftlichen Nutzen: Die Solarindustrie etwa belebt strukturschwache Regionen in Ostdeutschland und ist dort teilweise der einzige Arbeitgeber und Gewerbesteuerzahler.

Das soll freilich nicht heißen, dass sich die Greentechbranche auf ihren Kosten ausruhen darf. Die Solarförderung etwa muss spürbar sinken. Nach Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung haben die Stromverbraucher für die zwischen 2000 und 2008 installierten Anlagen 35 Mrd. Euro aufgebracht. Natürlich ist das zu viel. Es sind aber transparente Kosten: Sie werden direkt über den Strompreis bezahlt, nicht über dubiose Subventionen.

Es ist richtig, dass es eine Debatte über die Kosten des Umbaus der Energieversorgung gibt. Er ist zwar alternativlos, wenn wir gigantische Kosten für Klimaschäden vermeiden und unseren Nachkommen eine bewohnbare Welt hinterlassen wollen. Doch wir müssen diskutieren, welche alternativen Energien in welchen Mengen und Regionen sinnvoll sind. Diese Debatte muss mit fairen Zahlen geführt werden.

Das dümmliche Eindreschen auf die teuren Erneuerbaren jedenfalls bringt sie nicht voran - genauso wenig wie das Prahlen der Stromversorger mit günstigem Atom- und Kohlestrom.

Wie lange dürfen die Meiler länger laufen?

Ältere Atomkraftwerke dürfen acht zusätzliche Jahre am Netz bleiben. Betroffen davon sind sieben AKW, die vor 1980 in Betrieb genommen wurden. Das Kernkraftwerk Biblis, das in nächster Zeit hätte stillgelegt werden müssen, kann nun weiterbetrieben werden. Auch die Kraftwerke Brunsbüttel, Isar, Neckarwestheim, Phillipsburg und Unterweser bleiben am Netz.

Jüngere Kraftwerke wie Block zwei des AKW Neckarwestheim bekommen sogar einen Zuschlag von 14 Jahren. Statt 2021 wie ursprünglich nach dem rot-grünen Atomausstieg geplant, könnte dieses Kraftwerk jetzt erst 2035 außer Dienst gestellt werden. Der Zeitpunkt könnte jedoch noch später liegen, wenn die Betreiber ältere Kraftwerke vorzeitig stilllegen und die ihnen zugebilligten Reststrommengen auf jüngere Meiler übertragen.

Ein genaues Enddatum kann nicht genannt werden. "Wir können nicht hundertprozentig sagen, wann das letzte Kernkraftwerk vom Netz gehen wird, weil wir in der Systematik der rot-grünen Bundesregierung bleiben und die Jahreszahlen in Terrawattstunden umrechnen", sagte Merkel. Das AKW Krümmel im schleswig-holsteinischen Geesthacht etwa, das nach etlichen Pannen abgeschaltet ist, kann nach dem Wiederaufstart seine vorgesehene Reststrommenge produzieren. Die Stilllegung verschiebt sich dadurch nach hinten.

Schärfere Sicherheitsbestimmungen sollen in einer Neufassung des Atomgesetzes festgelegt werden.